

Die Verhältnisse nehmen Bestehen auf dieses Blatt an, für Dresden die Expedition der Dresdener Zeitung, Dorotheastr. Nr. 20. Vertheilung: Gedruckt für den Mann einer sechsstelligen Zeitungsstelle 12 Gr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Dresden 1 Rthl. 15 Gr., außerhalb in allen Ländern der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Gr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei letzten Feiertage.

Breslauer



Beitung.

N. 71.

Mittwoch den 12. März

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 8. März, Abends 8 Uhr. Der heutige „Moniteur“ bringt 21 Ernennungen von Präfecten, sämtlich elyséeenmäßig. — Die zur Prüfung des Budgets gewählte Kommission hat Paffy zu ihrem Präsidenten, Gouin zum Vice-Präsidenten ernannt. — Die Kommission, welche den Antrag Girardin's auf Abschaffung der Erbschaftsteuer prüfen sollte, hat denselben verworfen. — Die Verwaltungs-Kommission beantragt, daß das Dekret, welches die Befugnisse der Gemeinde-Räthe realisiren soll, modifizirt werde. — Der Appellhof hat das Urtheil erster Instanz, betreffend das Dean'sche Komplot, gemildert. — Im hohen versammelten Minister-Rath findet eine Diskussion wegen eines Anlehens statt.

Paris, 8. März, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 80. % 94, 10.

Stettin, 10. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen pr. Frühjahr 31, pr. Mai 32 Brief. — Rüböl, 10 Geld, pr. Herbst 10 1/2 Brief. — Spiritus 24, pr. Frühjahr 23 1/2 Geld.

Hamburg, 10. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide, Haile. — Del. pr. Frühjahr 21 1/2, pr. Oktober 21 1/2. — Zink 1000 Ctr. pr. Frühjahr 9 1/2, 1000 Ctr. loco 9 1/2, 9 1/4.

Frankfurt a. M., 10. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 40. (Berl. Bl.)

Athen, 28. Februar. Die Königin ernannte eine Kommission, um Gesandtschaften vorzuschlagen. Ein Circular des Justizministers verfügt, daß Uebertretungen bei Parlamentswahlen nicht zur Kompetenz der gewöhnlichen Gerichte, sondern der Kammerjurisdiction gehören. Sonst nichts von Belang aus dem Oriente.

Nom, 4. März. Bei Netti sammeln sich neapolitanische Truppen.

Livorno, 6. März. Der Großherzog und die Großherzogin sind hier eingetroffen.

Uebersicht.

Breslau, 11. März. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Etat des Ministeriums des Innern in Beratung gezogen. Mehrere Positionen wurden ohne Weiteres angenommen, nur der Dispositionsfonds von 80,000 Rthl. für die höhere Polizei erregte eine längere Debatte. Man wollte diese Forderung auf 25,000 und 50,000 Rthl. herabsetzen. Nachdem diese beiden Anträge verworfen, ward die Forderung von 80,000 Rthl. bewilligt.

Das Sitzungsgelalt der ersten Kammer zu Berlin ist vollständig abgebrannt.

Unter theilen wir eine Denkschrift der preussischen Regierung mit, welche vom 11. Februar datirt und daher noch vor den neuesten Differenzen mit Oesterreich abgefaßt ist. Die Denkschrift ist an alle befreundeten Mächte in Dresden gerichtet und entwickelt die allgemeinen Grundsätze der nach Außen gerichteten preussischen Politik. Besonders viel die Rede von Bekämpfung der Revolution. Sie bespricht zunächst die deutsche Verfassungsfrage, dann die kirchliche und politische Angelegenheit und kommt endlich auf die Verhältnisse zu den auswärtigen Mächten. Die Stellung Rußlands sei eine feindselige gewesen, nun aber durch die Lösung der holländischen Frage und durch das Aufkommen mit Oesterreich in der deutschen Sache sei Rußland versöhnt. Da Frankreich einer Krift entgegenstehe, so könne mit dieser Regierung kein bindendes Verhältniß für die Zukunft geschlossen werden. England sei ebenfalls durch die Neugestaltung der Dinge in Holland vollständig befriedigt. Schließlich kommt die Denkschrift auf die materiellen Interessen Deutschlands.

Unsere bestmögliche Korrespondenz meldet, daß am 8. d. M. eine preussische Circular-Depesche, datirt vom 2. März, als Antwort auf die, dieser Tage mitgetheilte österreichische Circular-Depesche abgefaßt worden sei. Diese preussische Depesche widerlegt nur die tatsächlichen Unrichtigkeiten der österreichischen und sucht das Recht der freien Einigung zu wahren. Der Korrespondent befaßt bei der Ansicht, daß aus allen diesen Verhandlungen kein Resultat hervorgehen werde. Er erwartet ein solches nur, sobald eine äußere dringende Nothwendigkeit einträte, und diese könnte allerdings durch die von Oesterreich angebotene fremde Einmischung hervorgerufen werden.

Der Hof hat am 10. März seine Residenz von Berlin nach Charlottenburg verlegt.

Am 9. d. M. fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt, in welcher die Antwort auf die letzte öst. Note beraten wurde. Es soll einmüthig der Beschluß gefaßt worden sein: von einer Beantwortung der österreichischen Seite erbobenen Fragen Abstand zu nehmen und nur ein vollständiges Memorandum über die preussischen Forderungen wegen der Rekonstitution des deutschen Bundes zu geben.

Gassenpöbel soll durch das Ministerium des Auswärtigen aufgefordert werden, sich am festgestellten Termine zu Greifswalde zu stellen, widrigenfalls er standrechtlich verfolgt werden müsse.

Unter Deutschland theilen wir Näheres über den Inhalt des Gutachtens mit, welches die dritte Kommission der Dresdener Konferenz über die kommerziellen Verhältnisse Deutschlands abgefaßt hat.

Am 7. März wurden mehrere früher gestellte Interpellationen in der abgeordneten-Kammer zu München beantwortet. In Bezug auf den vorgeschlagenen Zollanschluss an Oesterreich, antwortete der Minister, daß die bayerische Regierung wegen des bedeutenden Vortheils an dem Zoll-Verein festhalten werde, obgleich eine allgemeine deutsche Zoll- und Handels-Einigung sehr zu wünschen wäre. In Bezug auf die Denkschrift der Bischöfe äußerte der Minister, daß sie von gar keiner

Bedeutung und einer gewöhnlichen Petition gleich zu achten sei. In Betreff der Anfrage aber: welche Maßregeln gegen diese, die Verfassung verletzende bischöfliche Ansprache getroffen wären? bezieht sich der Minister die Antwort vor.

Die Organisation der badischen Armee ist nun vollendet. Unter Kassel geben wir noch einige Daten über die Verfassung des bündischen Ausschusses.

Die verwitwete französische Königin Marie Amalie will sich im Koburgischen ansiedeln.

Die österreichische Besatzung von Hamburg wird fast um die Hälfte reduziert werden. — Der dänische Kommissar Tillisch hat den Elephanten-Orden erhalten und wird wahrscheinlich den Vorstoß in der Notablen-Versammlung führen, welche noch Ende dieses Monats zusammentreten soll. — Den holländischen Schiffen ist Erlaubniß gegeben worden: in der Dannebrogsfahne das Resselblatt aufzunehmen.

Die Regierung von Bern hat zuerst in der Schweiz eine Verfügung erlassen, welche allen in dem Kanton sich aufhaltenden Flüchtlingen den Aufenthalt untersagt.

Der Zwiespalt zwischen der Nationalversammlung zu Paris und dem Präsidenten wegen der Wahlen der Nationalgarden-Offiziere ist geschlichtet; der Präsident hat nachgegeben. — Es haben zahlreiche Veränderungen in den Präfecturen zu Gunsten des Präsidenten stattgefunden. — Die Kommission hat den Antrag Girardin's, die Abschaffung der Erbschaftsteuer betreffend, verworfen.

Am 7. März machte Lord Russell im britischen Unterhause den Antrag, daß das Haus bis zum 10. März vertagen möge. Die Debatte über die antipapistische Bill möge aber erst am nächsten Freitag (14ten) beginnen. Lord Grey berichtete dann über die Modifikationen zu der antipapistischen Bill. — Ueber die am 6ten stattgefundene Landung von 262 ungarischen Flüchtlingen zu Liverpool berichten wir unter „London“ Näheres.

Bei Netti (unmittelbar an der römisch-neapolitanischen Grenze) sammeln sich neapolitanische Truppen.

Preußen.

Denkschrift der preussischen Regierung vom 11. Februar.

Die Regierung Sr. Majestät des Königs geht bei ihrer Auffassung der gegenwärtigen politischen Lage von der Ansicht aus, daß eine definitive Gestaltung Deutschlands nicht allein dem Auslande, sondern auch der Revolution im In- und Auslande gegenüber eine unbedingte und dringende Nothwendigkeit ist. Wie es keines Beweises bedarf, daß aus der Zwietracht deutscher Staaten unter einander der Einfluß des Auslandes auf dieselben allein den sichersten und erheblichsten Vortheil zieht, so kann sich die königl. Regierung ebensowenig verhehlen, daß in dem Mangel einer positiven Gestaltung Deutschlands die Revolution ihre mächtigste Unterstüßung findet. Denn die Revolution, welche in ganz Europa sofortbar verbunden ist, rechnet nicht allein auf die Zwietracht und auf den durch sie geschwächten Widerstand ihrer Gegner, sondern auch darauf, daß, so lange als die allgemeinen Verhältnisse Deutschlands sich in einem schwankenden provisorischen Zustande befinden, die einzelnen Regierungen an durchgreifenden Reformen verhindert werden, und daß sich unter dem Einflusse unsicherer Zustände die materielle Lage der Unterthanen vielmehr nur verschlimmert, und daher die Zahl der Unzufriedenen zunimmt.

Darf aber nicht das, was man nur erlebt, sondern der Gewinn, den man aus dem Erlebten, (sei es mit großen oder kleinen Opfern, zu ziehen weiß, eine Erfahrung genannt werden, so hat sich die königl. Regierung der oben erwähnten unbedingten Nothwendigkeit gegenüber auch einer in den letzten Jahren gewonnenen Erfahrung nicht verschließen zu können geglaubt, nämlich der:

Daß keine der beiden deutschen Großmächte für sich allein, und gegen den Widerspruch der andern etwas Lebensfähiges und Dauerndes zu Stande zu bringen vermag, weil beiden Mächten hierzu sowohl das Recht wie die Macht fehlt, und weil jede von Beiden gegen einen solchen Versuch eigenmächtiger Gestaltung mit Unterdrückung oder Ausschließung der andern, auch außerhalb Deutschlands, die mächtigste Hilfe und Stütze finden müßte.

Es gab allerdings einen Weg, auf welchem ein solcher Versuch preussischer Seite vielleicht auf einen Erfolg hätte rechnen können. Dieser Weg war ein Bündniß mit der Revolution in allen Ländern. Denn wenn es sich einerseits in den letzten Jahren als unzweifelhaft herausgestellt hat, daß, abgesehen von einigen der kleineren deutschen Staaten, der Drang nach nationaler Einheit keineswegs so stark war und ist, daß sich eine konservative-preussische Politik auf ihn zur Erringung eines an und für sich schönen Zieles hätte stützen können, so ist es doch andererseits ebenfalls eine so evidente wie beachtenswerthe Thatsache, daß die revolutionäre Partei in allen Staaten, welche die Union früher auf das Lebhafte bekämpft hatte, in ihrem letzten Stadium sie aufs Wärmste vertheidigte und sich von ihrer gewaltthätigen Durchführung eine erfolgreiche Förderung revolutionärer Pläne versprach.

Wollte man nun diesen Weg nicht gehen, und konnte er von keiner Regierung verfolgt werden, welche über Wochen, Monate und Jahre hinaus einen nächtlichen Blick in die Zukunft that, so blieb nichts übrig, als sich an jene Erfahrung zu halten, und ihr gemäß zu handeln.

*) Diese Denkschrift wird von der Nat.-Ztg. mit folgenden einleitenden Bemerkungen mitgetheilt: „In einer Denkschrift vom 11. Febr. hat die preussische Regierung die allgemeinen Grundsätze der nach Außen gerichteten Politik, so wie deren Durchführung in den durch die letzte Entwicklung der Dinge hervorgerufenen Hauptfragen dargestellt. Es ist von derselben den befreundeten Regierungen in Dresden Mittheilung gemacht worden; wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß ihre Veröffentlichung in eine Zeit fällt, in welcher die neuesten Differenzen mit Oesterreich noch nicht vorliegen, so daß die einzige Mächte zum Bundesdebatte in ihr noch nicht in Aussicht genommen ist. Im Uebrigen bemerken wir, daß dies Memorandum der Schrift „Von Warschau nach Dalmatien“ überall zum Grunde gelegen hat, so daß diese nur als eine weitere Ausführung der in jenem angeführten Gesichtspunkte erscheint.“

Sie unbeachtet und unbenutzt zu lassen, weil man erst spät und nach mancherlei vergeblichen Anstrengungen zu ihr gelangt war — ein die Kräfte beider Staaten schwächendes Verhältniß gegenfeitiger Erbitterung und gegenseitigen Mißtrauens zu einem dauernden zu machen, weil seine Lösung auf beiden Seiten mit Opfern und Unannehmlichkeiten verknüpft war: das konnte weder dem wohlverstandenen preussischen noch dem Interesse Deutschlands entsprechen.

Auch Oesterreich hatte jene Erfahrung gemacht. Es konnte mit seinem Bundeszuge ohne Preußen so wenig zu einer definitiven Gestaltung in Deutschland kommen, als Preußen mit seinem Bundeszuge ohne Oesterreich, und wenn Letzteres für seine Politik die Garantien der Beträge von 1815 aufrief, so durfte und konnte es sich, auch abgesehen von dem Verhältnisse zu seinen deutschen Verbündeten, das ihm drückend zu werden anfang, nicht verhehlen, wie es durch einen Kampf mit Preußen möglicherweise auch zu dem Auslande in eine Lage gekommen wäre, welche einer selbstständigen Politik des Kaiserthums die ernstesten Gefahren drohte.

Diese Erwägungen mußten auch Oesterreich zu einer Verständigung mit Preußen geneigt machen, und hierdurch die Konvention von Olmütz ermöglichen.

Beide Regierungen bekundeten durch diese Konvention, daß sie erkannt hatten, wie ihre gemeinsamen Interessen und Aufgaben wichtiger, positiver und substantieller sind, als ihre besonderen Interessen, oder als einzelne Ansichten und Absichten, die sich trennten.

Waren früher — was bei dem Entwicklungsgange, den beide Staaten zu ihrer Wiederherstellung aus den Stürmen des Jahres 1848 genommen, zu erklären und zu entschuldigen ist, — die besonderen Interessen, Ansichten und Ziele zu sehr in den Vordergrund und die gemeinsamen zu sehr zurückgetreten; wurde hierdurch ein gegenseitiges Mißtrauen erzeugt und genährt und auf diese Weise der Erfolg jedes Versuches gemeinsamen Handelns, wie er z. B. in der Einsetzung der Bundes-Central-Kommission gemacht war, vereitelt, so ist durch die Konvention von Olmütz das naturgemäße Verhältniß zwischen beiden Großmächten wieder hergestellt worden.

Die Neugestaltung Deutschlands zu einem geschlossenen mächtigen Ganzen gegenüber dem Auslande, wie gegenüber der Revolution, und die Bekämpfung der letzteren: das sind die großen gemeinsamen Interessen und Ziele beider Großmächte, das ist das gemeinsame Feld ihres Handelns.

Wer sich die politische Situation vergegenwärtigen will, der wird vor Allem nicht außer Acht lassen können, daß die Bekämpfung der Revolution mit allem Eifer und aller Entschiedenheit fortgesetzt werden muß, er wird sich aber hierbei auch nicht der unumstößlichen Wahrheit verschließen dürfen, daß die Revolution nicht in Straßen-Krawallen, Verschwörungen und einzelnen verbrecherischen Plänen, sondern daß sie ihren Sitz und ihre Wurzel hat in dem weit verbreiteten, namentlich in den sogenannten gebildeten Ständen vorhandenen Mangel an Religiosität, in der Verwerfung jeder Autorität, in der Vergötterung menschlicher Weisheit, in dem Wahne, daß sie das Uebel überhaupt beseitigen können, und in Staatsformen das Veranlassung für das Glück der Völker gefunden zu haben glaubt. Man wird sich nicht verhehlen, daß der praktische Sieg gewisser aus dieser Revolution hervorgegangener Doktrinen für Preußen nichts Anderes abzuhandeln kann, als die Vernichtung des Königthums und der Dynastie und das Auseinanderfallen der Monarchie.

Bei aller Achtung einer vernünftigen Freiheit und der von ihr unzertrennlichen Institutionen, bei dem aufrichtigsten Streben, die Bedürfnisse der Staatsbürger zu befriedigen, und ihre materielle wie geistige Entwicklung zu fördern, und ohne alle Furcht vor derselben: wird doch die Bekämpfung dieser Revolution, in welcher Gestalt sie auch aufsteht, ein eben so wichtiges und gemeinsames Ziel Preußens und Oesterreichs bleiben müssen, wie es die Herstellung und Mehrung des Ansehens und der Macht Deutschlands, den auswärtigen Mächten gegenüber, ist.

Die königliche Regierung verkennt aber hierbei keineswegs, daß es neben den mit Oesterreich gemeinsamen, auch für Preußen besondere Interessen sowohl auf dem politischen wie auf dem materiellen Gebiete gibt, welche mit den besonderen Interessen Oesterreichs vielfach divergiren können und werden, und welche auszugeben wir weder verpflichtet, noch berechtigt, noch gewillt sein können.

Aber die freie und sichere Aktion Preußens innerhalb seiner natürlichen politischen und materiellen Sphäre, worin durch die Wirren der letzten Jahre gar Manches verschoben ist, wird in dieser Beziehung erst dann, aber dann auch um so nachdrücklicher und einflußreicher wieder eintreten können, wenn das mit Oesterreich gemeinsam zu erstrebende Ziel der Konsolidirung Deutschlands auf konservativen Basen glücklich erreicht ist.

Die königliche Regierung giebt übrigens hierbei zu, daß jene verschiedenartigen Interessen durch ausschließliche Verfolgung zu feindseligen werden können und daß Oesterreich, wenn auch nicht in der jüngst verflochtenen Zeit, so doch früher durch das Entgegenstehen bei jeder einzelnen, unsere Interessen fördernden Maßnahme einen gerechten Grund zum Mißtrauen von unserer Seite gegeben hat.

Man wird daher sich der größten Wachsamkeit, jedoch in einer Weise beschreiben müssen, welche nicht geeignet ist, den gemeinsamen Zweck Eintrag zu thun, und man wird deshalb einen Weg gehen können, der in der neuern Politik schon mehrfach mit Glück betreten ist. So hat unter Andern das Auftreten Rußlands und Englands in Bezug auf die Türkei als das zweckmäßigste Mittel, den Gegner zu kontrolliren und an der ausschließlichen Verfolgung gefährlicher Sonderinteressen zu hindern, bewährt, daß man ihn zum Genossen und auf diese Weise seine Pläne unschädlicher machte.

Von denselben Prinzipien geht auch unser gemeinsames Auftreten mit Oesterreich in Kurland und Holschein aus.

Preußen war nämlich vor der Olmüzer Konvention bei der Lösung jeder brennenden oder ausschauenden Frage in der Lage, entweder sich nicht mit seinen besonderen Interessen allein, sondern auch mit seiner Auffassung von dem Interesse Deutschlands auszusprechen zu sehen oder denselben durch einen

Krieg Geltung verschaffen zu müssen. Denn wenn man behauptet, daß Preußen durch die Olmüzer Konvention an seinem Ansehen verloren, so bestand das Ansehen, was hierbei überhaupt verloren gehen konnte, eben nur in dem Scheine, trotz Oesterreich einen Bundesstaat herstellen und schwebende Fragen lösen zu können und zu wollen, und faktisch ist an der Stellung Preußens nichts verändert, als daß es eben diesen Schein in dem Augenblick aufgab, wo er sich als trügerisch herausstellte.

Die faktische Bedeutung Preußens kann dadurch keine andre geworden sein, daß es nicht den Krieg wollte, sie wäre aber vielleicht eine andre geworden, wenn es nicht den Frieden gewollt hätte.

Indem aber die königliche Regierung einen friedlichen Weg wählte, hat sie keineswegs darin eine Nachgiebigkeit gegen Oesterreich, als gegen einen durch seine Kraft oder seine Verbündeten überlegenen Gegner gesehen, so wenig wie Oesterreich gegen Preußen, sondern hat es in der Erkenntniß des gemeinsamen Interesses als bewussten Prinzip ihrer Politik aufgestellt:

gemeinsames Handeln mit Oesterreich zur Erreichung gemeinsamer Zwecke — gemeinsames Handeln eben sowohl um ein einseitiges Uebergewicht Oesterreichs zu verhindern, als um die definitive Neugestaltung Deutschlands zu bewirken.

Aus dieser Grundanschauung der politischen Lage ergibt sich die Stellung der königlichen Regierung zu den schwebenden Fragen.

Zuerst zu der deutschen Verfassungsfrage.

Denn wenn die Eintracht und Gemeinschaftlichkeit überall da, wo wir wirklich gemeinschaftliche Interessen haben, eine aufrichtige gewesen sein muß, so wird nicht davon die Rede sein können, daß man gegenfeitig „Konzeffionen“ macht, um „Konzeffionen“ zu erlangen. Ließen wir uns auf solche Konzeffionen ein, so würden sie bald erschöpft sein, und Oesterreich würde unser nicht mehr bedürfen, oder wir kämen nach einer Reihenfolge von Nachgiebigkeiten auf der einen und von kleinen Gewinn auf der andern Seite zuletzt, vielleicht bei einem unerheblichen Gegenstande, wieder zu einem das ganze Ziel gefährdenden Zwiespalt. Im Gegentheil, das von beiden Staaten nützlich und nothwendig erkannte Ziel muß mit gemeinsamen Kräften rückhaltlos erstrebt werden. Was nach gründlicher Erwägung als recht und nothwendig erkannt ist, dessen Ausführung darf nicht durch ein zaghaftes Widerstreben oder durch kleinliche Rücksichten verzögert, oder durch ein widerwilliges Gewähren in seiner Wirkung geschwächt werden. Was auch geschieht, es muß aus dem gemeinsamen, freien Entschlusse beider Mächte hervorgehen, und hierin muß eine wirkliche Parität mit Oesterreich gesucht werden, für welche, sobald sie nur der Sache und dem Wesen nach vorhanden ist, auch eine Form sich bald finden wird.

Es kommt eben in der That weniger darauf an, ob einzelne Detailfragen in einer für den Einen oder den Andern mehr oder weniger günstigen Weise gelöst werden, als darauf, daß wirklich ein festes und ganzes Deutschland mit einer allgemein anerkannten Centralgewalt zu Stande komme. Daß dies Noth, dringend Noth thut, Deutschland aus seiner politischen Bedeutungslosigkeit, wie sie namentlich bei der Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage hervortrat, emporzuheben, wird man zugeben müssen, auch ohne einen Blick auf Frankreich zu werfen, in dem sich Dinge vorbereiten, welche ein entscheidendes und festes Auftreten Deutschlands nach dieser Seite hin bald zur dringenden Nothwendigkeit machen könnten.

Bei der Lösung dieser großen und nächsten Aufgabe der Dresdener Konferenz wird sich weder Oesterreich durch die mittleren, noch Preußen durch die kleineren Staaten beirren lassen dürfen.

Was die letztern betrifft, so weiß es die königl. Regierung dankbar zu schätzen, daß sie sich ihr vertrauensvoll angeschlossen und treu bei ihr ausgehalten haben, und wenn eine locale Politik ihre Verhältnisse und Bedürfnisse immer möglichst berücksichtigen muß und wird, so würde es doch schon im Hinblick auf die Gegen-Koalition, die Oesterreich mit den mittleren Staaten sofort wieder aufnehmen könnte, dem Zweck und der Stellung Preußens nicht entsprechen, wenn es etwa jetzt eine Koalition mit den kleineren Staaten gegen die Bestrebungen und Wünsche Oesterreichs eingehen wollte.

Es bricht sich übrigens unter diesen Staaten die Ueberzeugung immer mehr Bahn, daß die definitive Gestaltung Deutschlands in ihrem dringenden Interesse liegt, daß aber, wie auch dieselbe ausfallen möge, Preußen durch seine natürliche Stellung immer ihr Vertreter sein und sie schützen könne und werde.

Wird es aber in jeder Beziehung das sorgsamste Bestreben der königl. Regierung sein, daß die Linien inne gehalten werden, welche Preußens geographische und politische Stellung in Deutschland ihr vorgeichnen, und daß somit dem berechtigten Einflusse Preußens nichts vergeben werde, so glaubt die königl. Regierung auch namentlich dafür Sorge tragen zu müssen, daß in den materiellen Fragen, den industriellen und kommerziellen Interessen, nichts präjudicirt werde.

Diese Fragen, welche überhaupt von dem Gebiete der Bundes-gesetzgebung und Bundesgewalt auf dasjenige des freien Vertrages zu überweisen sind, werden ihrem eigentlichen Wesen nach der Zukunft vorbehalten bleiben, während man in Dresden nur einige ihrer formellen Seiten ins Auge fassen und Einrichtungen herstellen wird, die allen Verbündeten in gleichem Maße erwünscht sein müssen.

Von wichtiger politischer Bedeutung ist dagegen der Eintritt des Gesamtstaates Oesterreich in den deutschen Bund. Unter der Voraussetzung, daß dieser Eintritt unter den richtigen politischen Formen stattfindet, daß sich Oesterreich den damit verbundenen Konsequenzen unterwirft, und daß die wirkliche Parität Preußens dadurch nicht berührt wird, ist Preußen schon durch frühere Erklärungen gebunden, sich demselben nicht zu widersetzen.

So wenig aber Preußen auf diesen Eintritt dringen oder etwa den Eintritt seines eignen außerdeutschen Territoriums als Aequivalent verlangen wird, so wenig wird es auch die Sache Preußens

tuation Islands und der von England und Schottland vorbanden ist.

Es ist unmöglich zu verkennen, daß in Irland neben der protestantischen Bevölkerung und Kirche, seit der Zeit der Reform, eine katholische existiert, und diese zuerst verboten, später geduldet, Kirche, wurde endlich protegiert. Dies ist heute unser größtes Hindernis. Es hat auch in England katholische Bischöfe gegeben, aber unter ganz andern Verhältnissen als in Irland.

Ich erkenne an, daß die Paragraphen 2 und 3 der Bill das Recht der Titelverleihung durch die Bischöfe indirekt beschränken, und das Gouvernement hat deshalb beschlossen, diese Paragraphen zu streichen.

Der Redner beantragte am Schluß die Vertagung der Bill bis zum Freitag.

Stuart: Die so verstümmelte Bill wird weder dem Verlangen des Landes, noch dem anfänglich vom Lord John Russell festgesetzten Ziele genügen, und schließlich wird die Ehre des Thrones und des Landes nur durch ein Schreiben des ersten Ministers gerettet sein, der wie ein Privatmann an einen andern geschrieben hat.

Sir Inglis: Ich theile die Ansicht des Herrn Stuart. Obgleich ich lieber 9 Pence auf den Riv. nehmen will als nichts, so habe ich doch die Überzeugung, daß die Bill gänzlich unwirksam bleiben wird.

Bankes: Wenn die Bill so verstümmelt durchgeht, so wird dies eine Schande für die Gesetzgebung sein. Sie fügt zu den bestehenden Gesetzen nichts hinzu.

Lord Hamilton: Es wäre eine Lächerlichkeit, die so modifizierte Bill auf Irland anzuwenden.

Lord J. Russell: Ich erwidere Herrn Bankes, daß das Gouvernement die Kronrichter konsultiert hat, und diese nicht der Meinung sind, daß die Annahme neuer Titel dem gemeinen Rechte entgegen sei, und daß es lächerlich gewesen wäre, wegen eines solchen Gegenstandes zu verfahren. Aber sie haben erklärt, daß die Veröffentlichung päpstlicher Bullen für die Errichtung dieser Disziplin eine Verletzung des Gesetzes sei. Das Gouvernement hat geglaubt, daß es ihm frei steht, wegen des einen dieser Vergehen zu verfolgen und wegen des andern nicht. Der Fonds der begangenen Verbrechen ist der beleidigende Charakter, und die beste Art einer Usurpation dieser Art zu bezeugen, ist die Annahme der Titel durch ein neues Gesetz zu verbieten.

Mehrere Mitglieder nehmen noch das Wort, um die Bill zu bekämpfen, deren Diskussion endlich auf den Freitag vertagt wird.

Die Sitzung wurde um 9 Uhr aufgehoben.

Die „Times“ spricht sich heute sehr herb über die modifizierte Bill aus. Die Bill — sagt sie — wie sie jetzt von dem Gouvernement amendiert ist, verdient nicht eine Stunde diskutiert zu werden. Es ist ein vollständiger Rückzug Seitens des Ministers. Man unterdrückt den letzten Paragraphen, der alle in dem protestierten Stuhl abgesetzten Äkte null und nichtig erklärt, und den dritten, der die Güter der Verbrecher für die Krone konfisziert. Die Bill reduziert sich also auf den ersten Artikel, der die Annahme geistlicher Territorien mit einer Strafe von 100 Pf. St. belegt. Man sieht, daß die Würde der Krone von der ihr durch den Papst zugesetzten Beleidigung nicht hergestellt wird.

Der „Globe“ enthält heute interessante Mitteilungen über den Kafferkrieg. Die Kaffern befinden sich im vollsten Aufstande gegen die Autorität der Königin von England. Die Feindseligkeiten haben zwischen ihnen und den Kolonialtruppen begonnen, die sehr stark gelitten haben. Sir S. Smith, General-Gouverneur, wäre beinahe im Fort Fort George gefangen genommen worden; er war vollständig von den Kaffern eingeschlossen, und konnte sich nur durch einen verzweifeltten Versuch frei machen, indem er sich durch die feindlichen Feinde, inmitten eines Regens mit Gewalt einen Weg bahnte; es gelang ihm, ohne daß er verwundet wurde. Während er im Fort Fort George eingeschlossen war, waren sämtliche Kommunikationen zwischen ihm und den anderen Teilen der Kolonie unterbrochen, was den Dörfern Sommerfest veranlaßte, seine Befreiung zu bewerkstelligen. — Zu diesem Zwecke hatte der Oberst Detachements nach verschiedenen Richtungen geschickt; kaum hatten sich diese Detachements in Marsch gesetzt, als sie von einer beträchtlichen Macht der Kaffern, die mit jedem Momente wuchs, aufgehalten wurden. Die Position des Obersten Sommerfest wurde so kritisch, daß er den Rückzug kommandierte. Die Truppen wurden auf diesem Rückzug lebhaft von dem Feinde angegriffen; der Kampf wurde sehr ernstlich, es mußte um jeden Schritt heiß gekämpft werden.

Der Oberst Mac Kinnon wurde auf einem engen Wege bei Kistama schief von den Rebellen angegriffen. Die Affäre ist sehr merkwürdig gewesen, und obgleich die Kaffern mit einem großen Verluste zurückgeschlagen wurden, so hatte der Oberst doch erst gekämpft, nachdem mehrere seiner besten Offiziere und Soldaten kampfunfähig geworden waren. In dem Distrikt ist der Belagerungszustand proklamiert worden. Der Feind hat mehrere Dörfer in Brand gesetzt, und mehr als 70 Personen, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, maffakiet.

Man erwartet nämlich einen Steamer mit den neuesten Nachrichten vom Cap.

Ueber die Landung der ungarischen Flüchtlinge in Liverpool bringen die Morgenblätter reichliche Notizen. Gestern um 1 Uhr fuhr die sardinische Brigg Arpa, Kapit. Bertholotto, in den Queens Dock in Liverpool. Schon um 10 Uhr standen große Volksmassen an den Ufern des Mersey, um die unglücklichen Flüchtlinge zu sehen und zu grüßen. Sie standen in bunten Gruppen auf dem Verdeck und wurden mit herzlichem Willkommen empfangen. Es sind im Ganzen 262, viele schöne, vornehm und intelligent aussehende Männer. Unter den Offizieren nennt man den General Szereby, Führer der Wiener Tring-Legion, Major Wallinski, Kapitän Fabiski, Lieutenant Sipos u. d. g. Gleich im Fahrzeug eine kleine Brigg war, sieben oder acht Dutzend noch erkrankte Erkrankungsfälle unter ihnen vor, ein Beweis, daß die türkische Regierung für ihre Verpflegung auf der Fahrt gehörig gesorgt hatte. Für den Augenblick wurden die Flüchtlinge im Emigrants-Haus (the Emigrants Home) untergebracht, dessen Direktor für ihren Empfang Alles vorbereitet hatte. Die angesehensten Kaufleute und andere Notabilitäten von Liverpool interessierten sich lebhaft für die Emigranten und haben eine Subskription für sie eröffnet. Es heißt, daß die ungarischen und polnischen Flüchtlinge die Idee, nach Amerika zu gehen, aufgegeben haben und in England bleiben wollen.

Gestern sind hier 12 Deserteure von den in Hamburg stationierten österreichischen Truppen angekommen.

Frankreich.

Paris, 8. März. [Tagesbericht.] Die Angelegenheit der Nationalgarde-Wahlen ist arrangiert; sie hatte sehr gefährlich zu werden droht. Vor der erfolglosen Sitzung der Nationalgarde der gesammelten konservativen Presse, von den in den Fraktionen-Versammlungen energisch gefassten Beschlüssen, ist das Gouvernement zurückgetreten. Minister Walfre erklärte heute in der Kommission, daß die Regierung von der Vornahme der Wahlen am 25. März absteht, und folglich auch auf die Anwendung des allgemeinen Stimmrechts für diese Wahlen verzichtet.

Dieser Rückzug muß dem Präsidenten viel Ueberwindung gekostet haben, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß er in Absicht auf Popularität, die Neuwahl der Offiziere der Nationalgarde nach dem allgemeinen Stimmrecht gewünscht hatte. Es ist nur zu wahrscheinlich, daß er für das Aufgeben dieses Planes bei der ersten Gelegenheit Revanche an der National-Versammlung nehmen wird.

Der heutige „Moniteur“ bringt die amtliche Mitteilung über die Veränderungen in dem Personal der Präfekten. Die Versetzungen sind sehr zahlreich; Absetzungen hingegen nur acht; da sie aber im Allgemeinen ruhige und erprobte Beamte treffen, deren einziges Verbrechen darin besteht, keinen bonapartistischen Glauben zu haben, so werden sie ohne Zweifel viele Reklamationen hervorufen. Legitimisten und Orleanisten sind gleich unzufrieden, denn die abgesetzten Präfekten gehören fast alle diesen beiden Richtungen an. Außerdem wird noch berichtet, daß die heute im Moniteur erschienene Arbeit nur einen Theil der projektirten Veränderungen enthält, und daß die Fortsetzung bald nachfolgen wird. — Bemerkenswerth ist, daß der Minister Walfre, ehemaliger Präfekt des Nord-Departements, nun auch seinen Nachfolger ernannt hat, was anzugehen scheint, daß er sich nicht mehr als provisorischer, sondern als definitiver Minister betrachtet. Hierin möchte er sich aber täuschen, denn der Präsident soll jetzt doch ernstlich daran denken, ein definitives Kabinett zu konstituieren und zwar mit Dillon Barrot als Chef. Wie es scheint, will der Präsident nunmehr auf die H. Rouher und Baroche resignieren, wenn man ihm den Sen. Fould zurückgibt, denjenigen seiner früheren Minister, auf den er am meisten hält. Die Budget-Kommission hat nun aber den H. Passy, den in finanzieller Beziehung erklärten Gegner Foulds zum Berichterstatter gewählt, und dies sagt deutlich genug, daß die Nat.-Versammlung die Rückkehr Foulds in das Finanzministerium nur sehr ungern sehen würde.

Es wird mit heute aus guter Quelle mitgeteilt, daß die Familie Orleans doch Claremont während der Londoner Ausstellung verlassen wird. Die Königin soll nach Brüssel gehen, der Herzog von Nemours zu seinem Schwiegervater, der Prinz von Joinville nach Portugal oder Schottland, der Herzog von Anjou nach Neapel. Diese Mitteilung steht im Widerspruch mit einer früher gegebenen; vielleicht hat man unterdessen den Entschluß geändert.

Schweiz.

Bern, 6. März. [Ausweisung der Flüchtlinge.] Die Regierung des Kantons Bern ist die erste, welche allen im Kanton geduldeten Flüchtlingen den ferneren Aufenthalt geständig hat. In einem heute beschlossenen Kreisreiben an sämtliche Regierungskatholiken werden dieselben aufgefordert, alle in ihren Kreisen befindlichen Flüchtlinge vorzuladen und ihnen die neuesten Beschlüsse des Bundesrates mit dem Befehle mitzutheilen, sich für ihre baldige Abreise vorzubereiten; der Tag derselben werde ihnen von der Justiz- und Polizeidirektion bekannt gemacht werden. Andere Kantone werden dem Beispiele Berns bald folgen. Die „Eidgenössische Zeitung“ hofft, daß die Regierung von Zürich Humanitätsrücksichten geltend machen und allen denjenigen Flüchtlingen, welche sich ruhig verhalten, das Asyl nicht verweigern werde. Von hervorragenden Persönlichkeiten befinden sich gegenwärtig dort Dr. Löwe, Ludwig Simon, Rauwerk, der Komponist Wagner. (D. V. A. 3.)

Provincial-Beitung.

§ Breslau, 11. März. [Deputation an den Vorsitzenden des Gemeinderathes.] In Folge der am 6. d. M. abgehaltenen Sitzung des Gemeinderathes hatte der Vorsitzende, Herr Justizrath Gräff, die Niederlegung seines Amtes als Gemeindevorordneter in einer an den Magistrat gerichteten Eingabe erklärt und sich zugleich erboten, sein Amt bis zur erfolgten Neuwahl, um deren Anordnung er bat, fortzuführen. Diese Eingabe ist in Gemäßheit des § 19 der Gemeinde-Ordnung von dem Magistrat an den Gemeinderath abgegeben worden, da der Antrag auf Veranlassung einer Neuwahl von diesem auszugehen muß.

Gestern Mittag begab sich eine Deputation von 10 Gemeindevorordneten nach der Wohnung des Herrn Justizrath Gräff und überreichte demselben eine von 36 Vertretern der hiesigen Stadt unterzeichnete Adresse, worin der zeitige Vorsteher ersucht wird, seine umsichtige Thätigkeit, ungeachtet der Schwierigkeiten, welche sich ihm leider in diesem Augenblicke entgegenstellen, — im Interesse der Kommune nicht aufzugeben. — Mündlich hoben die Mitglieder der Deputation die möglichen Nachteile seines Austrittes für das Wohl der Stadt hervor und fügten die Erklärung hinzu, daß der von Herrn Justizrath Gräff beabsichtigte Austritt aus dem Gemeinderathe das Auscheiden einer großen Anzahl von Gemeindevorordneten zur Folge haben würde.

Der Justizrath Gräff ertheilte zur Antwort, daß er, mit Rücksicht auf die ihm von so ehrenwerten und größtentheils mit ihm durch mehrjähriges gemeinschaftliches Wirken verbundenen Vertreter unserer Stadt an den Tag gelegte Gefinnung, den von ihm wohlüberlegten Entschluß einer nochmaligen reiflichen Prüfung unterwerfen werde.

In der am gestrigen Abend stattgehabten geheimen Sitzung des Gemeinderathes soll Herr Justizrath Gräff die Vertagung dieser Angelegenheit, zugleich aber die Aufnahme einiger neuen Bestimmungen in die Geschäftsordnung nach vorheriger Beratung und Begutachtung derselben durch die Verfassungs- und Wahlkommission beantragt haben, worauf die Versammlung eingegangen ist. Die definitive Rücknahme der Austritts-Erklärung des Herrn Justizrath Gräff dürfte von der Annahme der erwähnten Bestimmungen abhängig sein.

§ Breslau, 11. März. [Aus dem Gemeinde-Rathe.] Der in unserem letzten Berichte als höherer Militär bezeichneter Gemeindevorordneter, welcher es zur Ehrensache dessen machte, der die mehrfach erwähnte Beschuldigung gegen Herrn Stadtrath Rath Pulvermacher ausgesprochen habe, sie diesem persönlich vorzuhalten und ihm so Gelegenheit zu seiner Rechtfertigung zu bieten, — ist Herr Oberstleutnant a. D. v. Falkenhäusen.

Als Nachtrag zu unserem Referate über die vorletzte Sitzung des Gemeinderathes in Nr. 66 d. Bz. theilen wir noch mit, daß Herr Goch niemals besoldeter Stadtrath gewesen, sondern als unbesoldeter Stadtrath ihm die Verwaltung des Forst- und Oekonomie-Departements gegen Däten übertragen worden ist. Herr Goch hatte schon vor der betreffenden Neuwahl die Erklärung abgegeben: auf eine weitere diätarische Anstellung nicht eingehen zu wollen.

§ Breslau, 11. März. [Konstitutionelle Bürger-Resource.] In der gestrigen Versammlung theilte der Vorsitzende, Herr Direktor Wissowa, einen Bericht des Schatzmeisters mit, wonach bei Abschluß der Jahresrechnung sich ein Ueberschuß von circa 297 Thalern sich ergeben würde. Gleichzeitig hat der Schatzmeister der Gesellschaft den Entwurf eines Etats für das nächste Verwaltungsjahr vorgelegt. Die Prüfung des Rechnungsbuches sowie die Feststellung des künftigen Etats wird in einer demnächst abzuhaltenden General-Versammlung stattfinden. Vorausgesetzt dürfte die Mitgliederzahl der Ressource dieselbe bleiben. Gestern lagen dem Vorstände 57 neue Anmeldegutsche vor.

Der Verein gegen Thierquälerei hat sich nunmehr konstituiert und die definitive Annahme der von Herrn Ober-Staatsanwalt Fuchs entworfenen Statuten genehmigt.

Der Fragekasten veranlaßte diesmal eine recht lebhafteste Debatte, die jedoch rein persönlicher Natur war und zu keinem besonderen Resultate führte. Die Versammlung war zahlreich besucht.

Breslau, 10. März. [Theater.] Das Repertoire der letzten Woche zählte vier Opern, worunter zwei neu einstudiert. Ueber den Fleiß des Operpersonals hätten wir uns also nicht

zu beklagen; ob hierbei aber ein richtiges Verhältniß zwischen Schauspiel und Oper beobachtet wird, darüber wollen wir uns bei einer andern Gelegenheit aussprechen. Heute nur einige Bemerkungen über die Aufführungen der letzten Woche.

Zunächst fand nach längerer Pause eine Wiederholung des „Propheten“ statt. Es wäre über diese Vorstellung nichts Besondere zu erwähnen gewesen; die Sonne verpöchte sich nicht in ihrem Laufe, das Eis brach nicht unter den gewandten Schrittschulphären, der Einsturz des Pallastes zu Münster begab den Propheten sammt dem um ihn herumtanzenden Ballet in bester Ordnung, und das Umstürzen eines großen Kandelabers während der Krönungsszene konnte durch die tiefpoetische Anschauung eines Theaterarbeiters veranlaßt worden sein, daß dem Propheten in seinem vollen Glanze der nahe bevorstehende Fall angedeutet werden mußte. Nur eine Störung war eingetreten. Auf dem Theaterzettel war Fräulein Babinig als „Bertha“ angegeben; der Herr Insipient machte dem Publikum vor Beginn der Oper jedoch die Mitteilung, daß Fräulein Babinig sich im Laufe des Tages habe krank melden lassen, weshalb Fräulein Bernick die Partie übernommen.

Ich muß diesen Vorfall hier mit einigen Worten erwähnen, weil Fräulein Babinig in Folge dessen von dem „Bresl. Anzeiger“ ungebührlich angegriffen worden ist. Der Künstler, der Diskretion der Presse anheimgegeben, steht deren Angriffen gegenüber wehrlos da, und es ist Pflicht, ihm Gerechtigkeit zu verschaffen, wenn sein öffentliches Wirken in ungebührlicher Weise behandelt wird.

In der Sache selbst muß zugegeben werden, daß die Vorstellung des „Propheten“ sehr beeinträchtigt wird, wenn Fräulein Babinig die „Bertha“ ablehnt. Die junge Sängerin, welche sie in diesem Falle remplaciert, ist bescheiden genug, um einzugehen, daß sie einer solchen Partie nicht gewachsen ist. Die Vorstellung kommt nicht zu ihrem Rechte, und Fräulein Babinig hat die Pflicht, die Bertha zu singen. Aber einmal ist es eine Unwahrheit, wenn in dem Angriffe jenes Blattes gesagt wird, Fräulein B. habe in den 21 Vorstellungen des „Propheten“ nur 6 mal gesungen und 15 mal abgelehnt. Das Verhältniß wäre wahrscheinlich gerade umgekehrt sein.

Und mehr als unwar und völlig ungerecht ist die Anklage, Fräulein Babinig führe das Publikum stets am Narsen, und wolle es hinarbeiten. Es ist nur zu bekannt, mit welcher Willigkeit und Uneigennützigkeit diese Sängerin ihr Talent jeder Zeit im Dienste des Publikums verwendet, ja wir möchten sagen, rückwärtslos verwendet, und wenn sich daher jenes Blatt veranlaßt fühlte, über das Nichtsingen der „Bertha“ eine Klage auszusprechen, so hätte dies keinesfalls in einer Weise geschehen dürfen, durch welche die Sängerin so ganz allgemein in ihrer Stellung zum Publikum verdächtigt wird.

Nächst dem „Propheten“ wurden Kubers „Maurer und Schloffer“, Flotows „Großfürst“ und Rossinis „Zell“ gegeben. In dem zuerst genannten Werke begrüßen wir als liebe und willkommene Erscheinung, die bei unserm Publikum in guter Erinnerung geblieben und jetzt neu engagierter Madame Stoh. Sie sang und spielte die „Penelope“ mit derselben Frische und Munterkeit, wie wir sie oft von ihr gesehen haben. Eben so zeichneten sich die Herren Krieger (Schloffer) und Götte (Maurer) vortheils aus. Sie gaben ihren Partien, was bei diesem Genre der Komposition unerlässlich ist, auch im Spiele eine bezeichnende Färbung; Fräulein Bernick (Juma) sang Einzelnes ganz tadellos und zeigte mitunter auch eine künstlerische Intention; doch ist von einer abgerundeten Leistung noch keine Rede. Herr Krüger, ein junger Debutant, dessen wir vor einiger Zeit in diesen Blättern erwähnten, sang den „Leon“ als „Anticostello“. Für die Kritik ist hier noch kein Boden, denn von einer schönen Stimme läßt sich eben nicht weiter sagen, als daß sie schön sei. Erst der künstlerische Gebrauch derselben kann das Kunstvermögen bestimmen, und dieser ist bei einem Anfänger weder vorauszusetzen, noch zu verlangen. Einzuweisen hat Herr Krüger noch zu viel mit Ueberwindung technischer Schwierigkeiten zu thun, was sich namentlich in Ensemblesätzen zeigt. Sein vorzügliches Streben muß daher vor allen Dingen auf Sicherheit gerichtet sein, die nur durch unermüdbare Ausdauer zu erreichen ist, und alsdann wird es seinen schönen Mitteln genug nicht an Erfolg fehlen.

Der „Zell“ ist gestern vor einem vollen Hause gegeben worden, und selten noch hat eine Vorstellung ein solches Gemisch von Beifall und Lob hervorgerufen, wie dies gestern der Fall gewesen ist. Diese Erscheinung war leicht erklärlich. Abgesehen davon, daß einzelne Hauptpartien theilweise ganz vortrefflich, theilweise aber auch nur mittelmäßig ausgeführt wurden, waren mehrere kleinere Partien in durchaus ungenügenden Sätzen. Der Zuhörer konnte daher keinen Totalindruck empfangen; in dem einen Moment von der glänzenden Durchführung einer Nummer begeistert, wurde er in dem andern nur zu leicht und zu schnell aus der Stimmung gerissen. Doch behielt der Beifall die Oberhand. Es erfolgte mehrmaliger Hervorruf der Herren Krieger, Ditt, und am Schluß mit Fräulein Babinig und Fräulein Bernick. M. K.

Kunst.

Nachdem seit einer Reihe von Wochen und seitdem das Rosensfelder Gemälde „Kolumbus“ hier öffentlich ausgestellt war, wenig Neues in Bezug auf die Kunst sich hier ergeben, so sind nun im Rathschen Museum drei sehr schöne Gemälde belgischer Künstler aufgestellt worden, zu deren Betrachtung die Freunde der Kunst aufgefordert werden sollen. Wenn auch von verschiedener Werth, so gehören doch alle drei zu den vorzüglicheren Erzeugnissen der neueren Zeit. Das erste von Susses in Brüssel, erinnert an diejenige französische Schule, welche unserer letzten Kunstzeit vorangegangen, und in der mythologische Gegenstände ein besonderer Vorwurf der Künstler waren, in diesem Sinne ist auch das gedachte Gemälde aufgestellt, trägt aber doch den Charakter der Kunst unserer Tage. Preusins, der berühmte Maler von Espion, wird von seiner Geliebten, der schönen Kranzwinden in Cypern, mit einem Blumenkranz, zum Beweis, daß sie den Wetteifer, ob ein Kranz natürlicher Blumen den künstlichen vorzuziehen, aufgegeben, und in dem Geliebten den Sieger anerkannt. Lebendigkeit des Kolorits, eine üppige Carnation und ein wirklich schöner Effekt zeichnen das kleine Bild aus.

Eben so lebendig in Farben und zu einer wahrhaft reizenden Harmonie verschmolzen, ist das Stillleben von Huggens — ein todtet Vogel — man darf sagen, der lebendigen Natur treu nachgemacht, hängt über Blumen und Früchten, welche sehr schön gruppiert umherliegen; das Bild ist ein wahres Kabinetsstück.

Das dritte Gemälde ist offenbar das Beste. Ein wild gewordener Stier steht mit voller Kraft des mächtigen Thiers, über einen Baum. Verblüfften, der berühmte Thiermaler, hat in diesem vortrefflichen Bilde wieder seine genauen und tiefen Studien der Thiere, die wir schon zu bewundern Gelegenheit gehabt, an den Tag gelegt. Neben dieser großen Naturtreue ist aber auch der Kunst des Malers zu gedenken, nicht allein, daß der Hauptgegenstand ausgezeichnet behandelt ist, so hat der Künstler auch in der einfachen Landschaft, welche das Thier umgibt, dargelegt, daß er das Schöne landschaftlicher Natur, selbst im Einfachsten darzustellen verstanden hat. An diese Darstellung knüpfen wir gern an: Die Aufmerksamkeits der Kunst- und Naturfreunde auf die eben so getreuen, als in ihrer Art vollendeten Darstellungen von Jagdszenen aus Schottland hinzulenken. Die öffentlich ausgestellten Kupferstiche von Hirschjungen im nördlichen Schottland, und allem was sich mit diesen vereinigt,

von Landseer — gestochen von seinem Bruder, verdienen das höchste Lob, — so der Kampf der beiden Hirsche in der Brunst; — der Hirsch im See; die Jäger die den verwundeten Hund verbinden, — und endlich die große Jagdszene, in der die Jäger auf dem Anstande, dem bellenden Hunde Schweigen auferlegen, sind alle wahre Meisterblätter zu betrachten. Aber auch andere englische Künstler haben die Natur der Thiere trefflich dargestellt; so: der Hund, der in einer Ueberschwemmung mit seinen Jungen auf den Fluthen treibt.

Zu den neuesten Bestrebungen, der Kunst eine allgemeine Anerkennung zu gewinnen, gehört endlich die neue englische Zeitschrift The art Journal, welches nun auch durch den Buchhandel dem deutschen Publikum bekannt geworden ist. Kaum giebt es ein Kunstunternehmen, welches so reichhaltig, alte und neue Kunst bespricht, und mit so vielen schönen und mannigfaltigen Darstellungen aus deren Gebiet geschmückt, zugleich einen so billigen Preis verbündet; das Monatsheft, 9—12 Bogen, gr. Quart, kostet in Deutschland 1 Thaler. Auf diese wahre Bereicherung der Kunst-Literatur machen wir alle Freunde aufmerksam. Ebers.

§ Breslau, 9. März. [Drittes Ballfest der konstitutionellen Ressource.] Zum dritten und letzten Male in gegenwärtiger Winterzeit erfreuten sich gestern die Mitglieder der Gesellschaft oder vielmehr deren tauglichste Angehörige eines Festes, welches an Schönheit und Eleganz den beiden ersten nicht nachstand. Geschmackvolle Ausstattung, geschickte und gleichmäßige Vertheilung der eigentlichen Ballreihen, ein eben so gemüthlicher als zwangloser, die Grenzen des Anstandes und der feinen Sitte jedoch nicht überschreitender Unterhaltungsgenuss charakterisirte auch das gestrige Ballfest. Von den Säuleneisen des Saales wehte die deutsche, die breslauer und die Breslauer Stadt-Flagge im bunten Farbenspiel, rings umher lief eine passende Verzierung von Emblemen mannigfacher Art, eine besondere Dekoration schmückte den Platz, welcher für die Ehrenplätze bestimmt war. Unter dem schattigen Grün der reichlich aufgestellten Tropenpflanze, in bunter Epheuleibe konnte das trankene Auge von dem Strahlenhimmel ausruhen, welchen eine glänzende Beleuchtung über die Räume des Ballsaales ausgoß.

Bei Eröffnung des Balles, ungefähr um 7 Uhr, sahen sich die Damen in der Majorität, und es fehlte so sehr an Tänzern, daß viele Damen während der Fest-Polonaise sitzen blieben. Aber das Verhältniß sollte sich dann umkehren. Eine große Anzahl junger Herren, die den Staub der Tagesgeschäfte erst kurz vorher abgeschüttelt hatten, fand sich nach und nach ein. Und nun flogen die Paare unermüdbald im stürmischen Galopp, bald in der schwelenden Polka durch die zwei großen Tanzsalons, die auf Anordnung der Dirigenten gebildet waren. — Der Kotteln, aus zwei Touren bestehend, brachte wieder einige interessante Ueberrassungen. Als die zweite Tour begonnen hatte, tauchte in der Mitte des Saales ein Vorhang nieder, hinter welchem gleich darauf die lebensgroßen Bilder der jetztigen und des hochseligen Königs sichtbar wurden.

Indes hatte der Hölzerliche Kronleuchter, welcher bereits am 18. Januar an dieser Stelle paradierte, sich der niedlichen Kronleuchtergeheule entladen, die nachher auf einem altägyptischen, mit schwarz-weißen Draperien verzierten Gerüste ausgebreitet wurden. An der Spitze des künstlerisch aufgerichteten Baues prangte die wohlgetroffene Büste des „alten Fritz“, ein früher Vorberkranz schlang seine Blätter um das Haupt des großen Königs. Hierher mußten die jungen Schönen wallfahren, um die ihnen zu Theil gewordenen Boose gegen allerley Gewinn einzutauschen. Die Scene wurde durch bengalische Flammen unter dem Schall der Musik in ein blendendes Licht gesetzt; der Jubel über diese Ueberrassungen wollte nicht enden.

Nach 11 Uhr war die Tanzbegier einigermaßen abgeklübt, man hatte bereits ein halbes Duzend verschiedener Tänze, worunter auch einen langsame Walzer, hinter sich. Jetzt wurden hier und da Tischen aufgeschlagen, viele begnügten sich mit einem einfachen Gartentische, der aus der Kolonade herbeigeholt wurde, kurz alle suchten sich für die nunmehr eintretende zweistündige Pause so bequem als möglich einzurichten. Während der Mahlzeit spielte das Orchester die Ouvertüre zu „Zampa“, das Knallen des Champagnerfests und das klirrende Anstoßen der Gläser überlante die Weisen der Musik. Die beiderseitigen, welche unter Orchesterbegleitung im Chor gesungen wurden, wüßten das Maß und trugen viel zur Erhöhung der guten Laune bei. Die Eider waren längst verheißt, die erste Stunde, mit welcher die Pause laut fest-Programms enden sollte, war unter beiderem Zwieselsprache herangekommen und nun begann der Tanz von Neuem. An Erfrischungen hatte es nicht gemangelt, selbst für Panace war in der von Herrn Kriegerlich aufgestellten Konditorei gesorgt. — Der Tanz wurde also mit der früheren Lebhaftigkeit fortgesetzt und endigte erst um 4 Uhr des Morgens mit einem Rekras.

§ Bunzlau, 9. März. [Gemeindefest. — Diebstahl.] In Ihrer Zeitung liest man bald aus diesem, bald aus jenem Orte, daß die Vorbereitungen zur Einführung der neuen Gemeindeordnung beginnen, oder daß die Wahlen brennen und die definitive Einführung nahe bevorstehe, doch von Bunzlau haben Sie bis jetzt gänzlich geschwiegen, weshalb ich Ihnen kurz mittheilen will, wie weit die Sache hier geblieben ist. Die Eintheilung der Gemeindebezirke ist im Bunzlauer Kreise so gut wie beendet, und haben wir anstatt der früheren einigen achtzig Gemeinden deren jetzt 123, indem zum Theil die Domänen für sich selbstbestehende Gemeinden gebildet und andererseits auch die im Kreise befindlichen großen Forsten in Gemeindebezirke eingetheilt worden sind. Die Stadt bildet nach wie vor einen Gemeindebezirk für sich, welcher in 6 Bezirke getheilt worden, denen jedem ein Bezirksvorsteher zugetheilt ist. In denselben fanden im Januar die Wahlen der Gemeinderathsmitglieder statt, wobei Nachwahlen nur in der zweiten und dritten Wahlbezirkung vorfielen. Die Wahlen sind durchgehend konservativ ausgefallen und wurden nur 6 Mitglieder der seitherigen Stadtraths-ordnungs-Versammlung in den Gemeinderath gewählt. Die Wähler haben auf die Vertretung aller Stände Rücksicht genommen. Am 28. Februar wurden in öffentlicher Sitzung die seitherigen Stadtrathsmitglieder durch den kommissarischen Bürgermeister Herrn Flügel ihres Mandats entbunden und die neuen Gemeinderathsmitglieder durch Hmshalsig vereidigt. Nachdem dies geschehen, schritt der Gemeinderath unter Vorsitz des Alterspräsidenten Hm. Gerbermeister Maffiggang zur Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreters desselben, welche Wahlen aus Herrn Reutemann Menzel und Buchbruder Herrn Tike fielen. Herr Reutemann Menzel ist früher während einer langen Reihe von Jahren Vorsteher der Stadtrathsordnungsversammlung gewesen. Nach Beendigung der Amtsgeschäfte veranlaßte sich der Gemeinderath und die Magistratsmitglieder im Gasthof zum Kränzchen von Preußen zu einem gemeinsamen Mittagsbrod, bei welcher Gelegenheit zum Besten der hiesigen Bürgervereine- und Unterstützung-Anstalt der Betrag von 5 Rtl. 17 Sgr. 6 Pf. gesammelt wurde. — In der Nacht vom 3. zum 4. März c. ist das hiesige städtische Kassenverwalter auf höchst schlaue Weise gewaltsam erbrochen und die Servis- und Intimiten-Kasse ihres ganzen Bestandes von 1661 Rtl. 7 Sgr. 5 Pf. beraubt worden. Die entworfene Summe beläuft aus 850 Rtl. 1/2, 150 Rtl. 1/2 und 500 Rtl. 1/2 Stücken, 18 Rtl. in Kassenanweisungen und das Uebrige in losen Summen. Der Magistrat hat eine Prämie von 50—100 Rtl. auf die Entdeckung der Thäter gesetzt. — Der von der entlassenen Stadtraths-ordnungs-Versammlung zum hiesigen Bürgermeister gewählte Kreisrichter Herrmann aus Landeck ist von der königl. Regierung in Legniz nicht bestätigt und ist der Gemeinderath zur baldigen Vornahme einer neuen Wahl aufgefordert worden.

** Meisse, 9. März. [Liedertafel und Singakademie.] Gestern feierte der hiesige Männergesangs-Verein das Stiftungsfest seines vierjährigen Bestehens unter Leitung seines ehrenwerthen verdienstvollen Liederehrers, Musikdirektor Studer Schmidt, im Ressourcen-Saale, welchen letzteren die Direktion der Ressourcen-Gesellschaft zur Veranlassung mit dankenswerther Bereitwilligkeit überlassen hatte. Das Fest begann mit dem H. H. nenliede, gedichtet von J. Steinhof, komponiert von J. H. Studer Schmidt, worauf der Direktor des Vereins, Major Zitel, (Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Schmiedebrücke Nr. 2.

